

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800 2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Freitag, 24. Oktober 1980

Blatt 3046

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Bereits über FS Wichtelgasse - eine neuartige Wohnstraße  
ausgesendet: Gratz in der Wichtelgasse  
(violett)

Kommunal: Wiener Landtag  
(rosa) Wiener Gemeinderat  
Bürgermeister-Pressegespräch am Dienstag

Lokal: Matzenauer besucht Schulen  
(orange) Neue Station der Badner Bahn

Nur

über FS: 24.10. Eiserne Hochzeiter am Neubau

.....  
bereits am 23. oktober 1980 ueber fernschreiber ausgesendet  
.....

wichtelgasse - eine neuartige wohnstrasse>

=++++>

13 #wien, 23.10. (rk-kommunal) mitten im assanierungsgebiet ottakring wurde donnerstag eine neuartige wohnstrasse ihrer bestimmung uebergeben. die wichtelgasse wurde zwischen ottakringer strasse und friedrich kaiser-gasse fussgeherfreundlich gestaltet. einige hindernisse blockieren den durchzugsverkehr, die zufahrt ist nur mit minimaler geschwindigkeit moeglich. einige baeume bringen gruen in die gasse, die sich im mittelteil zu einer im entstehen begriffenen gruenanlage ausweitet, die in die angrenzenden hoeefe hineinreicht.#>

planungsstadtrat univ.-prof. dr. rudolf wurzer schilderte in vertretung von buergermeister leopold gratz - der wegen starker verspätung des flugzeugs, mit dem er von der europaeischen raumordnungskonferenz aus london heimkehrte, nicht selbst kommen konnte - die bedeutung der neuen wohnstrasse. in den usa und in verschiedenen laendern gibt es bereits solche wohnstrassen, allerdings nur in kleineren staedten mit relativ grossen verkehrsflaechen. zum ersten mal entstand nun eine solche wohnstrasse im extrem dicht verbauten teil einer millionenstadt. eine wohnstrasse setzt nicht nur die gute absicht der stadtverwaltung und die noetigen geldmittel voraus, sondern auch die einsicht der autofahrer, die durchfahrtsmoeglichkeiten und vor allem parkplaetze verlieren. in ergaenzung zu den fussgeherzonen in geschaeftsstrassen bedeutet eine wohnstrasse, dass ein wohngebiet vom laerm und den gefahren des autoverkehrs entlastet wird.>

bezirksvorsteher alfred barton konnte neben zahlreichen ottakringern auch landtagspraesident hubert pfoch, stadtrat johann hatzl und zweiten landtagspraesident fritz hahn begruessen. (schluß) sti/fe

.....  
bereits am 23. oktober 1980 ueber fernschreiber ausgesendet  
.....

gratz in der wichelgasse>

=++++>

14 wien, 23.10. (rk-kommunal) buergermeister leopold g r a t z ,  
der - wie berichtet - wegen verspaetung der linienmaschine aus  
london nicht rechtzeitig zur eroeffnung der wohnstrasse in der  
wichelgasse kommen konnte, ist trotzdem noch direkt vom schwechater  
flughafen nach ottakring gefahren. er konnte in der wichelgasse  
noch zahlreiche ottakringer begruessen und gab seiner freude  
darueber ausdrueck, dass wien mit dieser art von wohnstrasse einen  
neuen weg zur verbesserung der lebensverhaeltnisse im dicht  
verbauten gebiet beschreiten konnte. (schluss) sti/fe

matzenauer besucht schulen>

=++++>

2 wien, 24.10. (rk-lokal) der vor kurzem bestellte amtsfuehrende praesident des stadtschulrates fuer wien, bundesrat hans m a t z e n a u e r , betrachtet es als eine seiner hauptaufgaben, den ausbau der schuldemokratie und die motivation zur partnerschaftlichen zusammenarbeit von lehrern, eltern und schuelern zu foerdern. es ist ihm daher ein besonderes anliegen, durch regelmaessige besuche in schulen kontakte mit vertretern des bezirkes, mit den schuldirektoren und lehrern wie auch mit den schuelern sowie mit den vertretern der elternvereine einzelner schulen aufzunehmen und anstehende probleme an ort und stelle kennenzulernen und zu besprechen. >

der erste besuch dieser art findet am 27. oktober 1980 um 10 uhr in der musikhauptschule 12, am schoepfwerk 27, und anschliessend um 11.30 uhr in der ganztagschule mit gleicher adresse statt. vertreter der medien sind dazu herzlich eingeladen. (schluss) emw/gg>

neue station der badner bahn>

=++++>

4 #wien, 24.10. (rk-lokal) in der gutheil-schoder-gasse im 23. bezirk wurde freitag frueh eine neue station der badner bahn eroeffnet. die neue haltestelle dient vor allem zur besseren erschliessung des industriegebietes 'gelbe haide' (philips-werk), aber auch der wohnhausanlage am schoepfwerk.#>

an der eroeffnung, die um 6 uhr frueh stattfand, nahmen verkehrstadtrat heinz n i t t e l , bezirksvorsteher hans l a c k n e r sowie mehrere mitglieder des wiener gemeinderates teil. nittel bezeichnete die neue station und die kreuzungsfreie unterfuehrung der gutheil-schoder-gasse, die in wenigen wochen befahrbar sein wird, als einen weiteren schritt zur verbesserung der verkehrssituation in wien.>

durch den umbau der gleisanlagen wurde eine niveaufreie kreuzung zwischen den bahnanlagen und der strasse geschaffen. die unterfuehrung der gutheil-schoder-gasse wird in wenigen wochen fertig sein. die gesamtbaukosten fuer dieses projekt beliefen sich auf rund 150 millionen schilling. (schluss) ger/gg>

buergermeister-pressegespraech am dienstag>

=++++>

5 wien, 24.10 (rk-kommunal) im pressegespraech des wiener buergermeisters am kommenden dienstag, dem 28. oktober, wird stadtrat johann h a t z l ueber energiesparmassnahmen im bereich der stadt wien und ueber die fortsetzung des wohnbauprogramms berichten. das pressegespraech findet wie immer um 11.30 uhr im konferenzsaal des presse- und informationsdienstes (rathaus, eingang lichtenfelsgasse) statt. (schluss) sti/bs>

wiener landtag (1)>

utl.: fragestunde>

=++++>

6 wien, 24.10. (rk-kommunal) unter dem vorsitz von ersten landtagspraesidenten hubert p f o c h wurde die sitzung des wiener landtags mit der fragestunde einleitet.>

auf die e r s t e a n f r a g e von labg. mag. k a u e r (oevp) ueber die neugestaltung der rechtlichen bestimmungen zur dienstpruefung der bibliothekare antwortete str. n e k u l a (spoe), dass diese fachpruefung nun vereinfacht werden soll. die grundsaeztliche und die fachliche pruefung soll zusammengezogen werden. mit der verwaltungsakademie wird derzeit diese frage verhandelt.>

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob die dienstpruefung fuer bibliothekare auch vom bund anerkannt wird, antwortete nekula, dass mit dem bund noch kein kontakt aufgenommen wurde, da die kurs- und pruefungsabwicklung zunaechst magistratsintern geklaert werden soll. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob die kandidaten von "unnoetigem ballast" des lernstoffes befreit werden, sagte nekula, dass dies bereits gegenstand der laufenden ueberlegungen sei.>

auf die z w e i t e a n f r a g e von labg. h o f s t e t t e r (spoe) nach den massnahmen zur energieeinsparung im sinne des zwischen bund und laendern geschlossenen vertrages antwortete str. n e k u l a (spoe), dass gespraechе mit den bauphysikern im gange sind. an eine novellierung der bauordnung ist gedacht.>

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wann es zur verabschiedung von gesetzlichen aenderungen kommen wird, stellte str. n e k u l a fest, dass er noch im laufe dieses jahres den entwurf zur novellierung der bauordnung vorlegen wird. (forts.) ba/gg>

wiener landtag (2)>

utl.: fragestunde>

=++++>

7 wien, 24.10. (rk-kommunal) auf die d r i t t e a n f r a g e von labg. dr. marilies f l e m m i n g , ob stadtrat nekula massnahmen zur gleichstellung von mann und frau im staatsbuergerschaftsrecht ergreifen wird, sagte str. n e k u l a (spoe), dass dies ein bundesgesetz sei und die stadt wien nur stellungnahmen abgeben koenne. im rahmen des staatsbuergerschaftsrechtes sei die frau jedoch gegenueber dem mann bevorzugt. fuer die frage der doppelstaatsbuergerschaft sei ein entwurf vorgesehen.>

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob sich str. nekula persoendlich fuer die gleichstellung einsetzen wird, antwortete nekula mit ja. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob stadtrat nekula ueber das seinerzeitige versprechen von stadtrat schieder zur gleichstellung von mann und frau informiert sei, bekraeftigte nekula nochmals, dass er eine aenderung des staatsbuergerschaftsrechts anregen wolle und sich fuer die gleichstellung einsetze. (forts.) ba/gg>

wiener landtag (3) >

utl.: fragestunde >

=++++>

8 wien, 24.10. (rk-kommunal) auf die v i e r t e a n -  
f r a g e von labg. dr. h i r n s c h a l l (fpoe), ob er eine  
aenderung des vergnuegungssteuergesetzes zur besteuernng der  
spielautomaten nach den tatsaechlichen einnahmen vorschlagen werde,  
antwortete stadtrat m a y r, es sei zunaechst an eine weitere  
anhebung des pauschalbetrages auf 10.000 schilling fuer  
spielautomaten gedacht. eine exakte umsatzbesteuerung sei wegen der  
manipulierbarkeit der zaehlapparate schwer moeglich. >

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e, warum  
plombierte zaehlwerke nicht moeglich seien, sagte mayr die  
technischen schwierigkeiten seien darauf zurueckzufuehren, dass die  
unternehmer die gewinnquote an den apparaten selbst einstellen  
koennen. den steuerausfall auf bundesebene durch diese tatsache  
bezifferte er auf 500 millionen s. >

auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e, ob es nicht  
moeglich sei, die besteuernng nach dem umsatz in zwei bis drei  
jahren einzufuehren und dadurch den unternehmern die moeglichkeit  
zur umstellung zu geben, sagte mayr, er koenne sich diese  
moeglichkeit gut vorstellen und werde sie nach pruefung auf ihre  
durchfuehrbarkeit vorsehen. (forts.) gab/bs

wiener landtag (4)>

utl.: fragestunde>

=++++>

9 wien, 24.10. (rk-kommunal) auf die f u e n f t e  
a n f r a g e von labg. h e n g e l m u e l l e r (spoe), ob  
er die moeglichkeit der einhebung einer abgabe fuer die  
pferdehaltung geprueft habe, sagte stadtrat m a y r ,  
grundsuetzlich sei die besteuernng aller tiere, damit auch von  
pferden, durch gemeinden moeglich. mangels einer bundesgesetzlichen  
ermaechtigung fuer das halten von pferden waere hier jedoch ein  
landesgesetz notwendig.>

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach der  
zweckmaessigkeit einer "pferdesteuer" sagte mayr, es gebe derzeit  
in wien wien 1.579 pferde. bei einer besteuernng muesse man noch  
jene ausnehmen, die keine belastung fuer die umwelt darstellen, also  
die auf speziellen anlagen laufenden rennpferde. auch die  
besteuernng der touristenattraktion fiakerpferde waere nicht ratsam.  
unter diesen gegebenen verhaeltnissen halte er eine "pferdesteuer"  
nicht fuer angebracht.>

auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob die  
haltung eines pferdes, die finanziell der eines autos gleichkomme,  
nicht besteuernngswuerdig sei, sagte mayr, er verstehe die  
grundsuetzlichen bedenken und koenne sich massnahmen bei einem  
weiteren steigen der pferdezahl vorstellen. (forts.) gab/gg>

wiener landtag (5)>

utl.: fragestunde>

=++++>

10 wien, 24.10. (rk-kommunal) auf die s e c h s t e  
a n f r a g e von labg. dkfm. dr. e b e r t (oevp), ob man  
durch eine gesetzliche regelung auf die einhebung von  
verwaltungsaufgaben fuer eingaben und anfragen dann verzichten  
koennte, wenn diese eingaben und anfragen im oeffentlichen interesse  
liegen, antwortete str. m a y r (spoe), dass verwaltungsabgaben  
derzeit nur dann eingehoben werden, wenn die eingabe auch im  
privatinteresse liegt.>

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob es dann  
sinnvoll ist, von einem betrieb fuer eine anfrage, die die  
einrichtung von sicherheitsmassnahmen zum inhalt hat, eine  
verwaltungsabgabe zu verlangen, antwortete str. mayr, dass eine  
solche detailfrage ohne genaue kenntnis des sachverhaltes nicht  
beantwortet werden kann. in der z w e i t e n  
z u s a t z f r a g e erlaeuterte labg. ebert, dass es sich im  
gegenstaendlichen fall um ein tanklager handelt und dass der betrieb  
um daten fuer brandschutzmassnahmen angefragt hat. darauf erklaerte  
stadtrat mayr, dass aus dieser schilderung zu entnehmen ist, dass  
auch ein privatinteresse gegeben ist und dass daher die  
vorschreibung einer verwaltungsabgabe im einklang mit den  
rechtlichen bestimmungen steht.>

auf die s i e b e n t e a n f r a g e von labg. christine  
s c h i r m e r (spoe), welche anstrengungen unternommen werden, um  
die rechtliche situation von pflegeeltern zu verbessern, antwortete  
vizebuergermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r  
(spoe), dass man bestrebt ist, den pflegeeltern unter bestimmten  
voraussetzungen ein eigenstaendiges erziehungsrecht, unabhaengig von  
den leiblichen eltern, einzuräumen. (forts.) sei/gg>

wiener landtag (6)>

utl.: fragestunde>

=++++>

11 wien, 24.10. (rk-kommunal) auf die a c h t e a n f r a g e von labg. b r o s c h (spoe), ob schon details einer geplanten aenderung der kinobetriebsstaettenverordnung bekannt sind, antwortete str. dr. z i l k (spoe), dass man nach beschlussfassung der kinogesetznovelle nun einen gewissen zeitraum abwarten sollte, und erst dann aus den gewonnenen erfahrungen eine aenderung der kinobetriebsstaettenverordnung angehen sollte.>

auf die n e u n t e a n f r a g e von labg. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe), in welcher form das wiener veranstaltungsgesetz novelliert werden sollte, um den problemen der strassenmusik rechnung zu tragen, antwortete stadtrat dr. zilk (spoe), dass die bundespolizei ein aufsichtsrecht bekommen sollte, um bei missbrauch der strassenmusik sofort eingreifen zu koennen. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e, ob man daran denkt, nur mehr "brave nette musiker" musizieren zu lassen, erklarte stadtrat dr. zilk, dass dies ein zitat des bezirksvorstehers des 1. bezirkes ist. eine rechtliche definition dieses begriffes ist natuerlich nicht moeglich und sinnvoll. stadtrat zilk sprach sich fuer die strassenmusik aus, es gilt jedoch, dem missbrauch zu begegnen. das gespraechsklima ueber diese frage ist derzeit kooperativ. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e, ob man regionale regelungen vorsehen wird, damit musikanten an bestimmten plaetzen ungehindert spielen koennen, antwortete stadtrat zilk, dass diese moeglichkeit bereits in einer verordnung der magistratsabteilung 7 vorhanden war und dass es eigentlich nur darum geht, dass bei einem missbrauch die polizei entsprechende moeglichkeiten hat, um einzugreifen. (forts.) sei/bs>

wiener landtag (7)>

utl.: fragestunde>

=++++>

12 wien, 24.10. (rk-kommunal) auf die z e h n t e  
a n f r a g e von labg. dipl.-ing. dr. p a w k o w i c z (fpoe),  
ob es bestrebungen gebe, den paragraphen 85 der wiener bauordnung zu  
novellieren, antwortete stadtrat univ.-prof. dr. w u r z e r  
(spoe), dass fuer ende november eine enquete vorgesehen sei. auf  
eine z u s a t z f r a g e nach seinen persoelichen  
vorstellungen, antwortete wurzer, dass es in schutzzonen moeglich  
sein sollte, in den formensprachen unserer zeit zu bauen.>

auf die e l f t e a n f r a g e von labg.

v e j t i s e k (spoe), was er zu der behauptung sage, dass die  
lage der in bau befindlichen brigittenauer bruecke nicht dem beim  
bautenministerium eingereichten projekt entspreche, stellte stadtrat  
n i t t e l (spoe) fest, dass diese behauptung unrichtig ist. die  
situierung der bruecke wurde vom bautenministerium genehmigt. auf  
die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob diese situierung auch  
dem mit 150 meter breite festgelegten gelaendestreifen des  
bundesstrassenbaugebietes entspreche, antwortete nittel mit ja. auch  
die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob zum zeitpunkt des  
baubeginns alle erforderlichen genehmigungen erwirkt waren, bejahte  
nittel.>

auf die z w o e l f t e a n f r a g e von labg.

a r t h o l d (oevp) nach den gruenden fuer den einspruch gegen die  
auflage von ersatzpflanzungen fuer baumfaellungen im zusammenhang  
mit dem ausbau der floetzersteig-bundesstrasse antwortete stadtrat  
n i t t e l (spoe), dass dieser einspruch des amtes der wiener  
landesregierung gemaess einem erlass des bautenministeriums aus  
rechtlichen erwaegungen erfolgte. nach einem gespraech zwischen ihm  
und bautenminister sekanina wurde der einspruch jedoch  
zurueckgezogen. es handelt sich in diesem zusammenhang um die  
entfernung von 456 bewilligungspflichtigen baeumen. auf die  
e r s t e z u s a t z f r a g e , ob er den einspruch fuer  
sinnvoll halte, verwies nittel auf sein gespraech mit dem  
bautenminister, aufgrund dessen der einspruch zurueckgenommen wurde.  
(forts.) ger/gg>

wiener landtag (8)>

utl.: fragestunde>

=++++>

13 wien, 24.10. (rk-kommunal) auf die z w e i t e  
 z u s a t z f r a g e , ob er sich verpflichtet fuehle, beim bau  
 von strassen die erforderungen des umweltschutzes zu beachten,  
 antwortete nittel, dass er bereits wiederholt die meinung vertreten  
 habe, dass im bundesstrassengesetz mehr als bisher dem  
 schutzbeduerfnis der anrainer rechnung getragen werden muesse. dazu  
 gehoeren zum beispiel laermschutzeinrichtungen. es muss  
 beruecksichtigt werden, dass strassen in wien durch dichter bebaute  
 gebiete fuehren als auf dem land. (forts.) ger/gg>

wiener landtag (9)>

utl.: aenderung der gemeindewahlordnung >

=++++>

14 wien, 24.20. (rk-kommunal) vor eingang in die tagesordnung wurde ein oevp-antrag betreffend die beabsichtigte verlegung der hoeheren abteilung fuer flugtechnik von wien nach eisendstadt zugewiesen.>

ueber die novellierung der gemeindewahlordnung referierte str. n e k u l a (spoe): das gesetz passt die gemeindewahlordnung an bestimmungen der bundeswahlordnung an, insbesondere den stichtag fuer das wahlalter, die herabsetzung des passiven wahlalters von 21 auf 19 jahre und die aufhebung des alkoholverbots am wahltag.>

labg. mag. k a u e r (oevp) bezeichnete die vorlage als kleinen schritt zu verbesserungen. ueber weitergehende aenderunge des wahlrechts brachte er d r e i z u s a t z a n t r a e g e ein, in denen unter anderen die herabsetzung der fuer ein volksbegehren in wien erforderlichen unterstuetzungserklaerung auf 20.000, die einfuehrung eines persoenlichkeitswahlrechts, die durchfuehrung von wahlen an mehreren aufeinanderfolgenden tagen sowie die einfuehrung der briefwahl verlangt wird.>

labg.dr. h i r n s c h a l l (fpoe) erklarte, als wichtigste neuerung muesste die wahlgerechtigkeit verwirklicht werden. seine partei hat fuer 6,5 prozent der stimmen nur 3 prozent der mandate erhalten. das derzeitige wahlrecht in wien benachteiligt kleine gruppen. die briefwahl ist problematisch, weil sie das wahlgeheimnis nicht gewaehrleistet.>

i m s c h l u s s w o r t erklarte nekula, dass ueber alle diese vorschlaege beraten werden kann. die zusatzantraege der oevp sollten daher in beschlussantraege umgewandelt und dem zustaendigen ausschuss zugewiesen werden.>

a b s t i m m u n g : gemeindewahlordnung in 1. und 2. lesung einstimmig angenommen.>

e i n s t i m m i g wurde auch die zuweisung der oevp-vorschlaege an den ausschuss beschlossen (forts.) smo/bs>

wiener landtag (10)>

utl.: vereinbarung: schwefel im heizoel>

=++++>

15 wien, 24.10. (rk-kommunal) str. s c h i e d e r (spoe), beantragte den abschluss einer vereinbarung zwischen dem bund und den bundeslaendern ueber den hoechstzulaessigen schwefelgehalt im heizoel. bis dezember 1981 darf der hoechstzulaessige schwefelgehalt im heizoel "extra leicht" 0,5 prozent, im heizoel "leicht" 0,9 prozent und im heizoel "mittel" 2 prozent betragen. ab jaenner 1982 werden diese werte weiter gesenkt. stadtrat schieder wies darauf hin, dass es lange verhandlungen fuer diese vereinbarung zwischen dem bund und den laendern gegeben habe. bereits im juni 1978 haette eine unterzeichnung des vertrages stattfinden sollen, es seien aber vom bund rechtliche bedenken angemeldet worden. die vereinbarung soll in der naechsten landeshauptmaenner-konferenz unterzeichnet werden, doch hat nunmehr die oemv einspruch erhoben. er findet es bedauerlich, sagte schieder, wenn eine wesentliche voraussetzung fuer den umweltschutz nun weiterhin aufgeschoben werden soll.>

dipl.-ing. ddr. s t r u n z (oevp) kritisierte, dass seit zwei jahren nichts zur begrenzung des schwefelgehaltes im heizoel geschehen sei. im winter 1978 wurden massive ueberschreitungen der grenzwerte festgestellt. es haette smogalarm ausgeloeset werden muessen, doch smogalarmplaene sind bis heute nicht vorhanden. erst seit kurzem gibt es beratungen im magistrat ueber smogalarmplaene. stadtrat schieder habe sich immer auf den bund beziehungsweise auf mangelnde kompetenz ausgedet.>

stadtrat schieder meinte, dass ein smogalarm nicht erforderlich gewesen sei, da es nur punktuelle ueberschreitungen der grenzwerte gegeben habe.>

a b s t i m m u n g : einstimmig angenommen. (schluss) ba/gg>

wiener gemeinderat (1)>

utl.: fragestunde>

=++++>

16 wien, 24.10.(rk-kommunal) die sitzung des wiener gemeinderates wurde mit der fragestunde eroeffnet.>

auf die e r s t e a n f r a g e von gr. a l r a m (oevp), wie er vorgehe, wenn er ersucht werde, bei der vergabe oeffentlicher auftraege fuer bestimmte firmen einzutreten, sagte buergermeister gratz, es gebe keine allgemeine vorgangsweise. wenn das ersuchen von der firma selbst komme, gebe er es an den zustaeudigen stadtrat weiter, wenn es von einer oeffentlichen stelle oder einer interessensvertretung komme, ebenfalls. ueberdies fordere er hier eine ueberpruefung an, ob das begehren im interesse der wiener wirtschaft sei.>

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , ob es beim akh-bau ein solches ersuchen gegeben habe, sagte gratz, der fragesteller bezieht sich auf den auftrag an knoblich-licht. hier stammen die ersuchen vom zustaeudigen ressortminister und von der interessensvertretung. >

auf die zweite zusatzfrage, ob es stimme, dass in diesem fall das antwortkonzept von adolf winter verfasst worden sei, sagte gratz, er habe wie gewohnt stadtrat mayr informiert und dies in seiner antwort an den buedesminister staribacher mitgeteilt. dafuer habe er kein konzept gebraucht. generell sei zu sagen, dass das ersuchen eines eintretens im interesse der wiener wirtschaft immer wieder an ihn herangetragen werde.(forts.) gab/bs>

wiener gemeinderat (2)>

utl.: fragestunde>

=++++>

17 wien, 24.10. (rk-kommunal) auf die z w e i t e  
a n f r a g e von str.dr. g o l l e r (oevp), welche auftraege  
die stadt wien bisher an die oekodata vergeben hat, nannte  
buergermeister gratz 13 auftraege, die er einer liste des  
kontrollamtes entnahm.>

auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , was diese  
auftraege gekostet haben, gab gratz die summe von 7,593 millionen s  
an.>

auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob einer  
dieser auftraege oeffentlich ausgeschrieben wurde, sagte gratz, das  
koenne er jetzt nicht beantworten. er werde aber eine antwort  
einholen und sie dem fragesteller mitteilen. (forts.) gab/bs>

wiener gemeinderat (3)>

utl.: fragestunde>

=++++>

18 wien, 24.10. (rk-kommunal) auf die d r i t t e  
a n f r a g e von gr. h a h n (oevp), welche mehrausgaben die  
gemeinde wien durch die erhoehung der kreditzinsen hat, antwortete  
str. m a y r (spoe), dass dies noch nicht konkret gesagt werden  
kann. es werden gespraechе mit den kreditinstituten gefuehrt. man  
muss mit betraechtlichen mehrbelastungen rechnen. auf die e r s t e  
z u s a t z f r a g e , um welche behoerdlichen massnahmen man das  
finanzministerium und die nationalbank ersuchen wird, um die  
kreditzinsen wieder in ein vertretbares ausmass zu bringen,  
erklaerte str. mayr, dass die erhoehung auf zwei ursachen  
zurueckgeht: auf das zinsniveau der groessten handelspartner  
oesterreichs und auf die aufkuendigung des habenzinsabkommens. auf  
politischer seite sollte versucht werden, ein neues  
habenzinsabkommen ins leben zu rufen. auf die z w e i t e  
z u s a t z f r a g e , wie lange sich die gemeinden weitere  
belastungen, wie zum beispiel durch das zweite  
abgabenaenderungsgesetz, gefallen lassen werden, erklaerte str. mayr,  
dass der staedtebund in verhandlungen mit dem finanzministerium  
steht. im staedtebund ist man jedoch so verantwortungsvoll, die  
gesamtauswirkungen der finanz- und wirtschaftspolitik in betracht zu  
ziehen. die auswirkungen des finanz- und wirtschaftspolitischen  
kurses der bundesregierung werden vom staedtebund bejaht.>

auf die v i e r t e a n f r a g e von gr. maria k u h n  
(spoe), wie sich das leseverhalten der wiener entwickelt, antwortete  
vizebuergermeisterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r  
(spoe), dass die lesefreudigkeit zunimmt. in den letzten zehn jahren  
stiegen die ausleihzahlen in den staedtischen buechereien um 55  
prozent. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , wie man die  
jugend in den neubaugebieten noch besser versorgen koennte,  
antwortete froehlich-sandner, dass ab oktober im 21. und 22. bezirk  
waehrend der unterrichtszeit ein schuelerbus unterwegs ist. (forts.)  
sei/gg>

wiener gemeinderat (4)>

utl.: fragestunde>

=++++>

19 wien, 24.10. (rk-kommunal) auf die f u e n f t e  
a n f r a g e von gr. b r o s c h (spoe), ob es ausser der  
ausstellung der "wiener schule des phantastischen realismus" in  
bozen auch auf anderen gebieten eine kulturelle zusammenarbeit mit  
suedtirol gebe, verwies str. prof. dr. z i l k (spoe) auf das  
blasmusiktreffen in wien, auf einen geplanten suedtirol-tag im  
rahmen der wiener festwochen, auf eine schrittweise erhoehung der  
studienbeihilfen fuer suedtiroler studenten in wien sowie auf den  
umstand, dass der wiener weihnachtsbaum 1981 erstmals aus suedtirol  
kommen wird. die kulturellen beziehungen zwischen wien und suedtirol  
sollen weiter verstaerkt werden.>

auf die s e c h s t e a n f r a g e von gr.  
k n e i s l e r (spoe), ob nach dem erfolg des  
"aida"-gastspieles der arena von verona an weitere derartige  
veranstaltungen gedacht sei, antwortete str. prof. dr. z i l k ,  
dass diese ueberaus erfolgreiche aktion - fast 50.000 wienerinnen  
und wiener besuchten an sieben tagen die "aida"-vorstellungen -  
fortgesetzt werden soll. 1982 kommt wieder die "aida", 1983 wird  
die arena von verona mit einer vorpremiere der  
"nabucco"-inszenierung von 1984 in der stadthalle gastieren. auf  
die z u s a t z f r a g e , ob derartige veranstaltungen auf die  
arena von verona beschraenkt bleiben sollen, antwortete zilk, dass  
auch mit der staatsoper und den salzburger festspielen gespraechе  
gefuehrt werden.>

auf die s i e b e n t e a n f r a g e von gr. dr.  
h i r n s c h a l l (fpoe) nach dem letzten stand der  
verhandlungen mit der beamtenversicherungsanstalt wegen eines  
ersatzgrundstueckes fuer das areal josefstaedter  
strasse/blindengasse antwortete str. v e l e t a (spoe), dass  
die verhandlungen ergebnislos abgebrochen wurden, nachdem die bva  
alle drei vorgeschlagenen alternativen abgelehnt hatte. er habe den  
eindruck gewonnen, sagte veleta, dass fuer diese ablehnung keine  
sachlichen gruende massgebend waren. (forts.) ger/gg>

wiener gemeinderat(5)>

utl.: fragestunde>

=++++>

20 wien, 24.10. (rk-kommunal) das doeblinger grundstueck wurde, sagte dr. h i r n s c h a l l , laut aussage der bva als zu klein abgelehnt. warum erfolgte die ablehnung der beiden anderen? veleta antwortete auf diese z u s a t z f r a g e , dass die bva mit dem hinweis auf die unguenstige verkehrslage und schwierige bauliche ausfuehrbarkeit argumentierte. dr. hirnschall erklarte, dass diese argumente unverstaendlich seien. er stellte die frage, ob veleta eine volksbefragung in der josefstadt fuer sinnvoll halte. veleta antwortete, dass er nach wie vor verhandlungsbereit sei, wenn die bva die initiative ergreife.>

auf die a c h t e a n f r a g e von gr. k u c h a r (fpoe), auf welches versagen die hohen verluste des gemeindeeigenen reisebueros "delta" zurueckzufuehren seien, antwortete stadtrat veleta, dass der geschaeftsfuehrer abberufen wurde. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach der verantwortung fuer den schaden antwortete veleta, dass der geschaeftsfuehrer durch seine abberufung nicht aus der verantwortung entlassen wurde. die damit in zusammenhang stehenden fragen werden derzeit untersucht. auf die z w e i t e z u s a t z f r a g e , ob aenderungen vorgesehen seien, um die bedgleitende kontrolle der holding wirksamer zu gestalten, antwortete veleta, dass die holding ihre kontrollaufgabe erfuehrt hat; weitere eigenveranstaltungen des reisebueros wurden rechtzeitig untersagt, ein zweiter geschaeftsfuehrer eingesetzt. (forts) ger/bs>

wiener gemeinderat (6)>

utl.: fragestunde>

=++++>

21 wien, 24.10. (rk-kommunal) die n e u n t e a n f r a g e von gr. maria h a m p e l - f u c h s (oevp) ueber den letzten stand betreffend weitere nutzung von ''cobenzl'' und ''bellevue'' beantwortete str. v e l e t a (spoe): fuer das ''cobenzl'' gibt es reichlich bewerber, deren fachliche qualifikation und wirtschaftliche bonitaet geprueft wird. eine entscheidung konnte noch nicht getroffen werden. fuer das ''bellevue'', das als rehabilitationszentrum gedacht ist, gibt es bereits einen vertragsentwurf, nur mehr geringfuegige details sind offen. die baulichkeiten bleiben, die freiflaechen und parkplaetze werden auch kuenftighin zugaenglich sein. e r s t e z u s a t z f r a g e : waere nicht eine rasche entscheidung vordringlich, weil sonst die objekte noch mehr verfallen? a n t w o r t : eine entscheidung soll so rasch wie moeglich erfolgen, doch kann auf die pruefung der bewerbungen nicht verzichtet werden. z w e i t e z u s a t z f r a g e : schrecken die bewerber nicht vor den hohen investitionskosten zurueck, und wie koennte die gemeinde ihnen entgegenkommen? a n t w o r t : nicht die investitionen, sondern die schwierigkeiten des laufenden betriebs spielen bei den bewerbungen eine rolle. man ist jedoch bereit, diese problematik zu pruefen. (forts.) smo/gg>

wiener gemeinderat (7)>

utl.: fragestunde>

=++++>

22 wien, 24.10. (rk-kommunal) die zehnte anfrage von gr. dipl.-ing. ddr. strunz (oevp), was gegen die gefaehrung des trinkwassers aus der mitterndorfer senke durch wilde muelldeponien unternommen wird, beantwortete str. velt a (spoe): da die muelldeponie ausserhalb des schutzgebietes liegt, kommt wien kein parteienstellung zu. die zustaendigen behoerden sind jedoch mit schutzmassnahmen befasst. laufende kontrollen haben keine schaedigung der wasserqualitaet ergeben. auf initiative wiens ist ein interessensverband mit den niederoesterreichischen stellen zum schutz der mitterndorfer senke beabsichtigt. erste zusatzfrage: was halten sie von den hydrologischen untersuchungen von dr. reitinger ueber den anstieg von schwermetallen in der mitterndorfer senke? antwort: die laufenden untersuchungen durch die stadt wien haben keine derartigen ergebnisse gebracht. zweite zusatzfrage: was meinen sie zu den ueberlegungen des leiters der ma 31 im "aufbau" ueber die 3. wiener wasserleitung, wenn gleichzeitig wilde deponien das grundwasser mit schwermetallen verseuchen? antwort: im schutzgebiet befinden sich keine wilden deponien, fuer die ausserhalb liegenden gebiete soll eben durch die initiative wiens der schutzverband gegrueudet werden. (forts.) smo/gg>

24. oktober 1980

''rathaus-korrespondenz''

blatt 3069

wiener gemeinderat (8)>

utl.: fragestunde>

=++++>

23 wien, 24.10. (rk-kommunal) auf die e l f t e a n f r a g e von gr. d i n h o f (spoe), ob der muehlberg auf "schutzgebiet wald- und wiesenguertel" umgewidmet wird, antwortete stadtrat w u r z e r (spoe), dass fuer das im besitz der stadt wien befindliche areal sowie fuer die bisher als laendlicher teil gewidmete flaeche des muehlbergs eine umwidmung in vorbereitung ist. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , welche weiteren gebiete in penzing in "schutzgebiet wald- und wiesenguertel" umgewidmet werden sollen, nannte stadtrat wurzer den baumgartner wald. weiters werden auch der noerdliche und suedliche teil der donauinsel umgewidmet. fuer floridsdorf wurde ein landschaftsrahmenplan erstellt, der ebenfalls teilbereiche fuer die umwidmung in "schutzgebiet wald- und wiesenguertel enthaelt.>

auf die z w o e l f t e a n f r a g e von gr.

l u d w i g (spoe) nach den ergebnissen des wettbewerbs wienerberggruende, sagte stadtrat w u r z e r (spoe), dass drei arbeiten von der jury ausgewaehlt und mit preisen ausgezeichnet wurden. die projekte stellen eine praezisierung der ersten stufe des wettbewerbs dar. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e nach dem weiteren vorgehen, sagte stadtrat wurzer, dass die drei preisgekroenten arbeiten von den zustaendigen magistratsabteilungen ueberprueft werden. nach gespraechen mit den bezirken wird die umwidmung des flaechenwidmungs- und bebauungsplanes eingeleitet.>

auf die 13. a n f r a g e von gr. s c h u l t z (spoe), wie weit die optimierung des baupolizeilichen verfahrens gediehen ist, sagte stadtrat wurzer, dass von der baupolizei und der magistratsdirektion seit 1977 untersuchungen durchgefuehrt werden.  
(forts.) ba/fe>

wiener gemeinderat (9)>

utl.: fragestunde>

=++++>

24 wien, 24.10. (rk-kommunal) der erste schritt zur optimierung wurde durch ein verbessertes formularwesen bereits vorgenommen. in einem zweiten schritt sollen die magistratsabteilungen der baupolizei nach effizienten Gesichtspunkten gegliedert werden. auf die e r s t e z u s a t z f r a g e , nach den praktischen erfahrungen, antwortete str. w u r z e r (spoe), dass man mit der verbesserung des formularwesens gute erfahrungen gemacht habe. die zusaetzlichen parteistunden am abend werden nach ersten informationen von der bevoelkerung kaum angenommen. (forts.) ba/gg>

24. oktober 1980

'rathaus-korrespondenz'

blatt 3071

wiener gemeinderat (10)>

utl.: anfragen und antraege>

=++++>

25 wien, 24.10. (rk-kommunal) es lagen drei schriftliche anfragen der fpoe und sieben der oevp vor, die zugewiesen wurden.>

folgende antraege wurden den zustaendigen gemeinderatsausschuessen zugewiesen:>

ein fpoe-antrag betreffend die umwidmung des blindeninstitutsgelaendes in der josefstadt auf erholungsgelaende - park.>

antraege der oevp:>

betreffend die dezentralisierung des neuen akh>

betreffend ein hearing mit den benuetzern der kinderklinik/psychiatrie des neuen akh>

betreffend die betreuung der kinder von besuchern und ambulanten patienten in krankenanstalten der stadt wien>

betreffend behindertengerechte telefone in krankenanstalten, pensionistenheimen und pflegeheimen der stadt wien>

betreffend den bau von behindertengerechten oeffentlichen gebaeuden>

betreffend den ausbau der b 223>

betreffend laermbelaestigung und erschuetterungen von haeusern in der universitaetsstrasse durch die u 2.>

die wahl von zwei ersatzmaennern der gemeindevermittlungsaemter wurde durchgefuehrt. (forts.) gab/gg>

wiener gemeinderat (11)>

utl.: subvention wiener volksbildung>

=+++>

26 wien, 24.10. (rk-kommunal) gr. m r k v i c k a (spoe)  
beantragt, dem verband wiener volksbildung eine subvention in der  
hoehe von 6,5 millionen s zu gewaehren.>

gr. dr. p e t r i k (oevp) kritisierte, dass die besetzung  
des zentralvorstandes des verbandes nicht den politischen  
verhaeltnissen entspricht. dem ergebnis der gemeinderatswahl wurde  
in den einzelnen vorstaenden der volkshochschulen nicht rechnung  
getragen.>

gr. w i e s i n g e r (spoe) bedauerte, dass man nun  
offensichtlich parteipolitik in die wiener volksbildung hinein-  
bringen moechte. die wiener volksbildung hat sich autonom und  
unabhaengig von den parteien entwickelt. es sollte daher auch keine  
nach parteigesichtspunkten proportionale aufteilung in den  
vorstaenden geben.>

a b s t i m m u n g : mit den stimmen der spoe und fpoe  
angenommen. (forts.) sei/fe>

wiener gemeinderat (12)>

utl.: kulturschilling>

=++++>

27 wien, 24.10. (rk-kommunal) gr. dkfm. dr. a i g n e r  
(spoe) stellte den antrag, der "gesellschaft fuer politische  
grundlagenforschung" einen foerderungsbeitrag von 70.000 schilling  
zu gewaehren. gr. p r o c h a s k a (oewp) wandte sich gegen die  
bedeckung aus dem kulturschilling und stellte einen entsprechenden  
abaenderungsantrag.>

a b s t i m m u n g : der abaenderungsantrag wurde mit  
mehrheit abgelehnt, der antrag des berichterstatters mit mehrheit  
angenommen.>

>

zwtl.: baurechtsvergabe>

str. v e l e t a (spoe) beantragte die bestellung eines  
baurechtes an einem grundstueck im 22. bezirk zugunsten der firma  
rinter fuer die errichtung eines recycling-werkes. gr. dipl.-ing. dr.  
p a w k o w i c z (fpoe) erklarte, dass der baubeginn  
ueblicherweise erst nach der bestellung des baurechts erfolgt. hier  
war dies jedoch nicht der fall. im vergleich etwa zu einem privaten  
"haeuselbauer" wurde hier mit zweierlei mass gemessen. str. veleta  
(spoe) bemerkte in seinem schlusswort, dass die in diesem fall  
erfolgte erteilung der baubewilligung bei privaten "haeuselbauern"  
genauso gehandhabt werde.>

a b s t i m m u n g : angenommen mit den stimmen der spoe und  
oewp. (forts.) ger/gg>

wiener gemeinderat (13)>

utl.: wohnhausanlage mitterfeld>

=++++>

28 wien, 24.10. (rk-kommunal) die erhoehung des sachkredits um 15,1 millionen s fuer den bau einer tiefgarage in der wohnhausanlage mitterfeldgasse in wien-simmering beantragte gr.

f r e i n b e r g e r (spoe). gr. dr. p e t r i k (oevp) kritisierte, dass in einer gartensiedlung gegen den willen der bewohner ein baublock errichtet wird, obwohl vor vier jahren in einer wist-studie zur entwicklung simmerings davon die rede war, dass nicht mehr "auf der gruenen wiese" gebaut werden soll. die geplante b 225 wird die kuenftigen bewohner belasten, fuer die tiefgarage, die bei der bauverhandlung von den bundesbahnen verlangt wurde, werden unerhoerte summen ausgegeben, so dass sozialbeduerftige sich die stellplaetze sicher nicht werden leisten koennen.>

str. h a t z l (spoe) wies die behauptung als falsch zurueck, daß in einer gartensiedlung nun eine wohnhausanlage errichtet wird. das areal ist schon immer wohngebiet gewesen. andere haben die bisherige bauklasse roem. 1 sehr grosszuegig ausgenuetzt, so dass deren bauten durch die umwidmung auf bauklasse roem. 2 nachtraeglich rechtlich saniert werden. die seinerzeitige wist-studie ist keine bibel, den verfassern ist schon damals gesagt worden, dass ihre ansichten ueber die wohnbauentwicklung nicht unbedingt geteilt werden. die wohnhausanlage wird jetzt auch nicht "auf der gruenen wiese" errichtet, sondern in verbautem gebiet auf einem schutthaufen. die frage der b 225 ist in diesem bereich noch nicht entschieden. falsch ist auch, dass die garage lediglich auf wunsch der oebb gebaut wird. die garage entspricht durchaus dem wunsche der anderen anrainer. und die wohnungen werden schliesslich jene wiener bekommen, die bereit sind, sie anzunehmen gezwungen wird dazu niemand werden.>

a b s t i m m u n g : von fp und sp angenommen.>

(forts) · smo/fe>

wiener gemeinderat (14)>

utl.: linker donausammelkanal>

=++++>

29 wien, 24.10. (rk-kommunal) die erhoehung eines kredites von 12,5 millionen auf 12,7 millionen fuer die hochspannungsanlage des linken donausammelkanals beantragte gr. f r e i n b e r g e r (spoe).>

bei der hauptklaeranlage sind bereits kurz nach inbetriebnahme schwierigkeiten aufgetreten, kritisierte gr. dipl.-ing. ddr. s t r u n z (oevp). es bestehen zweifel an der funktionstuechtigkeit und an der konzeption der neuen hauptklaeranlage. besondere schwierigkeiten gibt es mit dem klaerschlamm, der zur weiterverarbeitung durch die entsorgungsbetriebe simmering einen bestimmten trockengehalt aufweisen muss, der jedoch zeitweise nicht erreicht wird. in letzter zeit wurden grosse abwassermengen ungeklaert in den donaukanal abgeleitet. schaumfahnen zeigen aeusserlich die verunreinigung des gewaessers an. es kommt zu starker geruchsbelaeustigung fuer die menschen in der umgebung. der kanalgrenzwert wird ueberschritten. experten haben die zustaendigen stadtraete informiert, dass die hauptklaeranlage in ihrer jetzigen form nie funktionsfaehig sein wird, sagte gr. strunz. zur klaerung der funktionstuechtigkeit der hauptklaeranlage beantragte gr. strunz einen bericht.>

stadtrat v e l e t a (spoe) stellte dazu fest, dass die wasserrechtsbehoerde der klaeranlage ein jahr lang einen probetrieb zugestanden hat. wie auch auslaendische beispiele zeigen, kommt es bei so grossen anlagen am beginn zu schwierigkeiten. es wird jedoch alles unternommen, dass diese schwierigkeiten sowohl bei der hauptklaeranlage als auch bei den entsorgungsbetrieben beseitigt werden.>

a b s t i m m u n g : der spoe-antrag wurde einstimmig angenommen, der oevp-antrag wurde zugewiesen. (forts.) ba/gg>

wiener gemeinderat (15)>

utl.: flaechenwidmung donaustadt>

=++++>

30 wien, 24.10. (rk-kommunal) gr. b r o s c h (spoe)  
beantragte die aufhebung und neufestsetzung des flaechenwidmungs-  
und bebauungsplanes fuer das gebiet zwischen wagramer strasse,  
stadtgrenze, oebb-trasse ostbahnhof - laa/thaya und rautenweg im  
22. bezirk. die umwidmung begruendete er mit der schaffung  
zusaetzlicher arbeitsplaetze im bezirk.>

gr. p a w k o w i c z (fpoe) entgegnete, hier gehe es vor  
allem um einen konsensmaessigen zustand fuer die  
muellbeseitigungsanlage in diesem gebiet, das sogenannte  
rinter-projekt. dieses sei aber eigentlich ein prutscher-projekt.  
vom aktienspiel der fa. rinter in der hoehe von 40 millionen  
gehoeeren naemlich der fa. johann prutscher 39,5 millionen und hans  
christoph prutscher eine halbe million. mit diesen informationen  
wolle er eine wissensluecke bei stadtrat veleta schliessen, sagte  
pawkowicz, der anscheinend ueber die besitzverhaeltnisse nicht im  
klaren gewesen sei. die umwidmung des bis jetzt als gruenland  
gewidmeten gebietes zeige, dass hier wieder einmal mit zweierlei  
mass gemessen werde, schloss pawkowicz.>

im schlusswort betonte gr. brosch, dass die umwidmung bereits  
1978 geplant war und nun eben mit zustimmung der bezirksvertretung  
durchgefuehrt wird. das projekt ist fuer die muellbeseitigung der  
gesamten wiener bevoelkerung von groesster bedeutung.>

der antrag wurde mit den stimmen von spoe und oevp angenommen.  
(forts.) gab/gg>

wiener gemeinderat (16)>

utl.: honorarerhoehung gesiba>

=++++>

31 wien, 24.10. (rk-kommunal) stadtrat h a t z l (spoe)  
beantragte, das baubetreuungshonorar fuer die wohnbaugenossenschaft  
"gesiba" von 2,2 prozent auf 6 prozent zu erhoehen.>

gr. dkfm. a m m a n n (oevp) erklarte, dass die erhoehung  
ausser diskussion stehe. man solle sich trotzdem die praktiken der  
gesiba ansehen. bei der wohnhausanlage hadikgasse 128 - 134 kam es  
innerhalb von drei jahren zu preissteigerungen von 67 prozent.  
ammann stellte den a n t r a g , das kontrollamt der stadt wien  
solle umgehend die errichtung dieser wohnhausanlage auf die  
technische und wirtschaftliche gebarung ueberpruefen.>

stadtrat h a t z l erklarte im schlusswort, die probleme  
um die wohnhausanlage in der hadikgasse sollten auf dem rechtsweg  
entschieden werden.>

a b s t i m m u n g : der oevp-antrag wurde dem  
kontrollausschuss und dem gemeinderatsausschuss  
"vermoegensverwaltung, staedtische dienstleistungen, konsumenten-  
schutz" zugewiesen. das geschaeftsstueck wurde einstimmig angenommen.

die sitzung des wiener gemeinderates wurde um 13.40 uhr  
geschlossen. (schluss)>

ende des sitzungsberichtes >

sei/fe>